

Verantw. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Postlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Postlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: H. Woffe, Daalenstein & Vogler, G. L. Daube,
Invalidentank. Berlin: Bernh. Arndt, Max Germain,
Eberfeld W. Ehrens, Greifswald G. Illies, Halle a. S.
Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Nothbar, A. Steiner,
Wilmam Wittens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Gebr. Fischer. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Die Denkmalsfeier in Wiesbaden.

Ueber die gestrige Denkmalsfeier in Wiesbaden meldet 'E. L. C.' noch Folgendes:
'Nachdem die Hülle des Denkmals für Kaiser Friedrich gefallen war, unterhielt sich der Kaiser lebhaft mit der Kaiserin Friedrich. Sodann unternahm der Kaiser, die Kaiserin Friedrich und Prinz Heinrich, welcher die Kaiserin führte, gefolgt von den Prinzen, einen Rundgang um das Denkmal. Bei diesem Rundgange sprach der Kaiser, ebenso die Kaiserin Friedrich dem anwesenden Bildhauer Uphues ihre besondere Anerkennung aus. Am Denkmal erfolgte ferner die Vorstellung der Komitee- und Ausschussmitglieder. Nach Besichtigung des Denkmals, bei welchem der Kaiser wiederholt auch dem Vorsitzenden des Denkmalkomitees und dem Oberbürgermeister seinen Dank und seine Anerkennung für das schöne Werk ausdrückte, bog der Kaiser in die Wilhelmstraße ein, wobei derselbe die Kaiserin Friedrich führte, und schritt dann die Front der dort aufgestellten Ehrenkompanie des 10. Regiments und der vom Nassauischen Kriegerverbande, dessen Protektor die Kaiserin Friedrich ist, gebildeten Kompanie ab. Darauf kehrte der Kaiser noch dem Denkmal zurück und nahm dort die Parade über die aus einem kriegstarken Bataillon des Füsilier-Regiments Nr. 80 von Gersdorf, einer kriegstarken Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 81 und der Biebericher Unteroffiziers-Schule, sowie einer Abteilung des Feld-Artillerie-Regiments zusammengeführten Truppen ab. Der Kaiser trug die Uniform der Kaiserlichen Kavallerie mit dem Bande des Schwarzen Adler-Ordens, die Kaiserin Auguste Viktoria lichtblaue Robe, während die Kaiserin Friedrich in schwarzer Toilette erschienen war. Nach der Parade begaben sich die hohen Herrschaften in das Schloß zurück, woselbst eine Festtafel zu 60 Bedienten stattfand, zu welcher die Spitzen der Staats- und städtischen Behörden sowie die Mitglieder des Denkmalausschusses Einladungen erhalten hatten. Der Kaiser verließ dem Bildhauer Uphues den Roten Adlerorden 4. Klasse. Von dem Kaiser und der Kaiserin und den kaiserlichen Prinzen zum Bahnhof geleitet, kehrten die Kaiserin Friedrich und die Erbprinzessin von Meiningen kurz nach 4 Uhr nach Kronberg zurück.'

Die Rede, die Intendant v. Hülsen anlässlich der Enthüllung des Kaiser Friedrich-Denkmal hielt, hat etwa folgenden Wortlaut:

'Eure kaiserliche und königliche Majestät! Der 18. Oktober — ein Sonntag hat sich gehoben heute über unserer waldumrauschten Stadt. Wohl hart es schon herbstlich dort oben in den eigenumrauschten Höhen in den fallenden Wäldern. Durch unsere Brust aber zieht wie ein jubelnder Lenzestau mit flutendem Sonnenschein die heilige Weihe des heutigen Tages und dieser Stunde! Ja, ein Feiertag ist er uns geworden, der Geburtstag Kaiser Friedrichs, ein Gedentag ist er in des Wortes edelster Bedeutung. Gedenken thun wir in tiefer Dankbarkeit gegen Gott der Stunde, die ihn uns gab, der Jahre heißer Arbeit und treuester Pflichterfüllung, die er durchdrungen in schwerem Kampf für Preußens, für Deutschlands Größe. Vor unserem geistigen Auge steigt sie empor, die herrliche Siegesfriede-gestalt, groß, ritterlich und gültig, und untrennbar von diesem Bilde hallen verklungene Worte wieder. Es schallt mächtig an unser Ohr der lallende Sturm der Begeisterung, in dem sich erhob, was deutsch dachte und fühlte, zu ziehen in den gegangenen Kampf für König und Vaterland. Unter den Augen seines erhabenen großen Vaters zog er voran, der königliche Kämpfer, die Hand am Schwert, das blaue leuchtende Auge in glühendem Vertrauen gerichtet nach oben zum Vater der Schöpfung. So durfte er ziehen von Kampf zu Kampf, von Sieg zu Sieg, bis um die Fahnenbilder blühend der junge Vorber sich rannte, bis er verwirrt war, erfüllt, der sehne Trauer der Jahrhunderte, das deutsche Reich geboren aus dem Blut seiner Söhne von Nord und Süd, bis der Gernub des Friedens segnend die Schwingen über das große einige Deutschland breitete. Und später dann dumpf und schwer klingen die Glocken. Der Engel des Todes reitet durch die Zeit. Er rührt mit weicher Hand die silbernen Stirnen von Deutschlands ersten Kaisern vom Bollernkamm. Es schwebet dahin, was sterblich an ihnen, aber unsterblich dauert fort in unserem Herzen die heilige Verehrung, die tief empfundene Dankbar-

keit. Wir, die wir leben durften unter diesen großen, wir brauchen des äußeren Denkmals nicht. Ihr Bild steht unvergänglich vor unserer Seele. Doch festhalten die hehren geistlichen Jüge, aere perennius, den kommenden Geschlechtern, ward uns eine heilige Pflicht, und wie diese Stadt und dieser Gau vor nunmehr drei Jahren Wilhelm dem Großen den Joll treuer Dankbarkeit zählen dürfte, so lösen wir sie heute unserem Kaiser Friedrich. Dieses Denkmal, das wir entfallen wollen, es ist kein Truggebilde aus steinernem Erz, es ist ein lebendiges Wahrzeichen der alten deutschen Treue, welches gekittet ist mit blutigem Schweiß, befestigt durch die unzählbaren Bande des Glaubens, der Dankbarkeit und des Vertrauens. Es ist ein Wahrzeichen der treuen Liebe, als Saatkorn geworfen in die Herzen des Volkes, und herrlich aufgegangen, der Liebe, die das Scherlein der Witwe zum Schatz wandelt, der Liebe, die nicht stirbt, weil sie den Tod überdauert. Diese Wahrzeichen, sie mögen leuchten als Leitern in kommenden Tagen, und wenn dereinst die Engel vorüberstreifen an dieser Geldengestalt, so möge der Vater die Hände heben zu dem erhabenen Haupte, das mit der deutschen Kaiserkrone die Krone des Märtyrers gebenediet, und zu seinem Sohne sprechen: 'Widie zu diesem empor in Freud' und Leid, in den Stunden des Kampfes und der Besichtigung, tren zu wirken wie er, groß deutsch und treu, edel, hilfreich und gut.' Solche Gedanken im Herzen weihen wir dieses Denkmal und als ersten Gruß legen wir vor ihm und vor Eurer kaiserlichen und königlichen Majestät das Gebet nieder: werth zu sein dieses Geistes, werth zu sein unserer Fürsorge, Träger zu sein der reinen Menschheit und Nächstenliebe, die ein heiliges Erbteil der Hohenzollern — auch dieses große Herz bewegte in seinen innersten Tiefen, gleich unseren Vätern in stabfester Treue zu stehen zu Eurer kaiserlichen und königlichen Majestät und Allerhöchster dero Haus, Kämpfer zu sein, allezeit für Deutschlands heiligste Güter, Kaiser und Reich, Ehron und Altar, Freiheit, Ehre und Recht. So wage ich es, an Eurer kaiserliche und königliche Majestät allerunterthänigst die Bitte zu richten, das Zeichen zur Enthüllung des Kaiser Friedrich-Denkmal allergnädigst geben zu wollen.'

Western Abend fand im königlichen Schloße eine Festtafel zu 112 Bedienten statt. Der Kaiser sprach bei derselben der Stadt Wiesbaden seinen Dank für das entfallene prächtige Denkmal aus; er gedachte der vielen Beziehungen, die Kaiser Friedrich mit Wiesbaden verbunden, und der zahlreichen Besuche, die ihn und sein Haus hierher führten. Schließlich sprach der Kaiser die Absicht aus, die Saalburg bei Domburg zu einem Museum für Alterthümer zu machen.

Die konfessionelle Eidesformel.

Mit der konfessionellen Eidesformel beschäftigt sich ein von dem Königsberger Privatdozenten G. Hubrich verfaßter Aufsatz in der 'Deutschen Juristens.' Der Gegenstand, meint die 'Nat.-Lib. Corr.', sei insofern 'zeitgemäß', als die Revision der Zivilprozessordnung in Aussicht steht und am 2. April im Reichstag mit Unterstützung der konservativen Partei und des Zentrums ein antisemitischer Antrag Annahme fand, welcher gefordert die konfessionelle Eidesformel vor Gericht eingeführt wissen will. Die genannte Korrespondenz bemerkt weiter: Bisher ist dem protestantischen Bekenntnis gestattet, an die Worte: 'so wahr mir Gott helfe', den Zusatz 'und sein heiliges Evangelium' zu machen. Der katholische Zusatz lautet 'durch Jesum Christum zur ewigen Seligkeit'. Der Artikel, der sich auf den Boden des Antrags stellt, dabei aber von der Absicht geleitet sein will, Absichten religiöser Unbilligkeit und Verdrängung aus dem gerichtlichen Eidesakt fern zu halten, kommt dabei zu folgender bezeichnenden Schlussfolgerung: Der Staat solle die weltliche und religiöse Seite von einander scheiden. Für die Erfüllung der gesetzlichen Wahrheitspflicht genüge zunächst die 'rein bürgerliche Betherungsformel', welche auf die allgemeine Ehrenhaftigkeit als Mensch und Bürger Bezug nimmt: 'Ich versichere auf Ehre und Gewissen als wahr, daß u. s. w.' An die Abiegung des rein bürgerlichen Wahrheitsbekenntnisses, so heißt es nun weiter, soll

sich sodann für die Anhänger der religiösen Gemeinschaften — da der Staat auf die Verwertung religiöser Einflüsse in Ansehung der Erfüllung der gesetzlichen Wahrheitspflicht auch bei der gegenwärtigen Zeitlage nicht verzichten kann — ein weiterer Akt angeschlossen, in welchem das betreffende Individuum verpflichtet ist, nochmals unter Zuziehung des zuständigen Kultusbeamten seines Bekenntnisses ein entsprechend religiös gefärbtes Wahrheitsbekenntnis, bei welchem der Repräsentant des zuständigen Staatsorgans zugleich anstandslos als Zeuge fungieren könnte, abzulegen. Erst die Wahrnehmung beider Akte müßte als Erfüllung der gesetzlichen Wahrheitspflicht gelten. — Schon dieser Vorschlag einer 'makvollen' Ausfüllung des erwiderten Antrages giebt eine Andeutung, welche Konsequenzen derselbe hat. Es kommt aber noch besser. Die Abiegung des religiös gefärbten Wahrheitsbekenntnisses müßte dabei obligatorisch sein, so lange man offiziell einer bestimmten religiösen Gemeinschaft angehört. Befreit sind davon nur erstens die Mitglieder derjenigen Religionsgemeinschaften, welche den Eid überhaupt verwerfen, 2. diejenigen, welche nachweisbar keiner religiösen Gemeinschaft angehören. In anderen Worten: für 52 Millionen im deutschen Reich würde der gerichtliche Eid ein Mittel werden, um sie gegebenen Falls einem religiösen Bekenntniszwang zu unterwerfen und die Befreiung ihrer Wahrheitsliebe vor Gericht von der Affizenz eines Geistesigen abhängig zu machen, den sie als einen geeigneten Mittler mit der Gottheit unter Umständen nicht anerkennen. Wir verweisen nur auf den Bekenntniszwang in der evangelischen Kirche und auf die Möglichkeit, daß ein Katholik durch Exkommunikation oder aus sonst einem kritischen Anlaß sich in tatsächlicher Disharmonie mit seiner Kirche befindet. Welche eine Reihe von Zwangsmaßnahmen für das Gewissen dürften aber, schon hienach zu urtheilen, erst zu erwarten sein, wenn alle die kirchlich-politischen und politischen Tendenzen die Oberhand gewännen, die von den Verfechtern des Antrags im verflochtenen Frühjahr vorläufig im Hintergrund gehalten worden sind, nur um auf den Antrag eine möglichst große Stimmenzahl zu vereinen?!

Aus dem Reiche.

Wie der 'Athenische Kurier' meldet, hat der Kaiser die Kaiserin Friedrich zum Chef des Füsilier-Regiments Nr. 80 ernannt. — Der Erbprinz von Sachsen-Weimar wird sich Ende dieses Monats oder in der ersten Novemberwoche nach Bonn begeben, um die dortige Universität zu besuchen. Auch einer der Prinzen von Weib' wird in diesem Herbst die Bonner Hochschule besuchen. — Wie die 'Königliche Volkszeitung' meldet, hat sich das Befinden des erkrankten Kardinal-Erzbischofs Krennig verschimmert. Das Generalvikariat hat Bittgebete bei der Messe für die Genehung des Erzbischofs angeordnet. — Der Geheimere Ober-Postrat und vortragende Rath im Reichs-Postamt Seme hat nach der 'D. Postz.' seine Verlegung in den Ruhestand nachgesucht. — Der Geh. Medizinalrat Prof. Paul Güterbock, einer der namhaftesten Chirurgen Berlins, ist am Sonntag im 54. Lebensjahre nach schweren Leiden gestorben. — In Magdeburg ist der sozialdemokratische Parteisekretär Pannusch als Reichstagskandidat aufgestellt worden. Der bisherige sozialdemokratische Vertreter für Magdeburg, welcher auch dem Stadtordnungs-Kollegium angehört, Fischer wieder, erklärte den 'Genossen', daß er nie wieder ein Mandat weder zum Reichstage, noch als Stadtordneter annehmen werde. Alles war in letzter Zeit vielfachen Angriffen seitens der eigenen 'Genossen' ausgesetzt. — Der Verein der Berliner Glacehandschuh-Fabrikanten sagte folgenden Bescheid: 'Der Verein der Glacehandschuh-Fabrikanten und Interessenten des Gewerbes hält es im Interesse der kleineren und mittleren Ladenbesitzer für notwendig, die großen Einzelverkaufswaarenhäuser und Vagare mit einer Umsatzsteuer zu belegen.' — Am 14. d. M. feierte der Kreisdirektor des Kreises Köthen, Geh. Regierungsrath Bramigk, sein goldenes Dienstjubiläum. Am Festmahle nahm auch Staatsminister Dr. v. Koseritz Theil. — Die sächsische Regierung ist mit einer Umgestaltung des Seminar-Unterrichts beschäftigt. Geplant ist die obligatorische

Einführung der französischen Sprache in den Lehrplan und die Erhöhung der Unterrichtsdauer von sechs auf sieben Jahre. — Mit Rücksicht auf eine Entscheidung des Kammergerichts hat sich der Regierungspräsident zu Danzig im Einverständnis mit dem Ober-Präsidenten jetzt dahin ausgesprochen, daß die vor Jahresfrist gegebene Auslegung des § 11 der Verordnung, dahin gehend, daß Tanzmuffen, Bälle u. s. w. auch in geschlossenen Gesellschaften Sonnabends Abends 12 Uhr beendigt sein müßten, nicht mehr aufrecht gehalten werden könnten und daher aufgehoben werde. — An einem der letzten Tage fand im Walde Köpeltsee bei Posen ein Duell zwischen den polnischen Rittergutsbesitzern Graf Czarnicki und von Politzenski statt. Nach siebenmaligem Auegelwechsel erhielt ersterer einen Streifschuß. Beide Duellanten sind Reserv-offiziere.

Deutschland.

Berlin, 19. Oktober. Der 'Karlsruher Zeitung' zufolge sprach der Großherzog in seinem Trinitatspruch auf den Kaiser bei dem gestrigen Festmahle zunächst den erschienenen Gästen, insbesondere dem General-Oberst Grafen Waldsee als dem Vertreter des Kaisers seinen Dank aus. Alsdann wies der hohe Herr auf die Bedeutung des gestrigen Tages hin und betonte dabei, daß ein Rückblick auf die Vergangenheit in einem Kreise von Männern, welche dem hochseligen Kaiser noch persönlich gedient haben, von ganz besonderem Werthe sei. Ein solcher Rückblick enthalte so viel Weisheitsvolles und treibe Alle an, während des ganzen Lebens festzuhalten an dem schönen Streben, das zu bewahren, was der große Kaiser schuf, die Größe des Reiches. Das müßte man sich immer und immer wieder vor Augen führen und der gesamten Nation ans Herz legen. Das Geschehe aber dadurch, daß bei solchen Gelegenheiten, wie die heutige, diejenigen zusammenkämen, welche die große Zeit noch miterlebt hätten, und daher bekunden könnten, wie die großen Ereignisse waren und entstanden. Das aber das, was sie zeitigten, erhalten werde, das sei heute unser aller treuester Wunsch. Diese Gesinnung, daß das Denkmal des hochseligen Kaisers ein wahrer Denkstein sein solle und sein werde, wie dies heute der Oberbürgermeister von Karlsruhe, Schlegler, in so treffender und beredter Weise ausführte, könne nicht ohne bleibende Wirkung sein. Mögen auch die Aufgaben der Gegenwart immer schwerer werden, so würden Alle doch ihre Pflicht am besten erfüllen, wenn Jeder an seiner Statt, sei es im Großen oder Kleinen, dem Kaiser treu und liebevoll bestände. — In dieser Empfindung, — so schloß der fürstliche Redner, — fordere ich Sie auf zu einem dreimaligen Hurrah auf Sr. Majestät den Kaiser!

— Von den zu Geheimen Legationsräthen auferückten bisherigen Wirklichen Legationsräthen Dr. Lehmann, v. König und v. Lindenan gehören die ersten beiden seit 1893, der letzte erst seit 1894 dem Auswärtigen Amte als vortragende Räte an. Dr. Kurt Lehmann ist am 13. Juli 1880 in den Staatsdienst getreten. Er war Referendar im Bezirk des Kammergerichts, wurde am 3. Februar 1886 Gerichtsassessor, ließ sich noch in demselben Jahre zum Auswärtigen Amte beurlauben und trat im Januar 1889 endgültig in den Reichsdienst, indem er ständiger Hilfsarbeiter in der 2. (handelspolitischen) Abteilung des Auswärtigen Amtes wurde. Auch nach seiner Ernennung zum vortragenden Rath blieb er in dieser Abteilung. Im November 1886 wurde er als stellvertretender deutscher Konsul nach Alexandrien geschickt. Der Geheimere Rath v. Lindenan steht seit Anfang der 80er Jahre im Dienste des Auswärtigen Amtes. Er war bis 1884 dritter Botschaftssekretär in Paris, kam dann als zweiter Sekretär zur Botschaft in Konstantinopel und 1896 als Legationssekretär

zur preussischen Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhl. 1888 wurde er zur Gesandtschaft nach München versetzt und 1891 als Legationsrat zum Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amte ernannt. Seit seiner Ernennung zum vortragenden Rath, die im Juni 1894 erfolgte, gehörte er der Abtheilung 1 A (politischen) an.

— Ein am 2. März d. J. im preussischen Abgeordnetenhaus angenommener Antrag forderte die Staatsregierung auf, gegenüber der Datschade, daß die Führen über den Kaiser Wilhelm-Kanal ihren Zweck nicht erfüllen, mit möglichster Beschleunigung Maßregeln zu treffen, durch welche entsprechende Abhilfe geschaffen wird. In Ausführung der daraufhin gegebenen Zusage fanden am 23. und 24. Juni d. J. Verhandlungen statt, an denen Vertreter des Reichsanlagesamtes des Innern, des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, des kaiserlichen Kanalamts und der Bezirksregierung zu Schleswig theilnahmen. Die Kommissare dieser Behörden bereiten gemeinschaftlich den Kanal. Das Resultat der Untersuchungen und Verhandlungen ist nach der 'Post' das, daß die Techniker die Möglichkeit behauptet haben, die bestehenden Führen derartig vervollkommen zu können, daß sie auch bei den schwersten Eisberghausen ihren Zweck zu erfüllen im Stande sind. Die Probe soll zunächst bei den drei bedeutendsten Führen gemacht werden. Gelingt diese Probe, so wird jede einzelne Führe so vervollkommen, wie jetzt die drei größten Führen. Gelingt die Probe nicht, so werden anderweitige Maßnahmen vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten angeordnet werden.

Oesterreich-Ungarn.

Zusbruch, 18. Oktober. Hier fand der erste vereinte Parteitag der deutschfortschrittlichen und der deutschnationalen Partei Tirols statt. Die Stadt war festlich besetzt. Alle bedeutendern Orte Tirols waren vertreten. Nach vierstündiger Fortdauer wurde ein Organisationsstatut des Landeswahlvereins beschlossen, dessen 50 Mitglieder Stammesdeutsche sein sollen. Der Parteitag erklärte sich ferner für Obstruktion gegen den Ebenhochschul-Schulantrag. Abends wurde eine von nationaler Begeisterung getragene Festversammlung im großen Stadtsaal abgehalten.

Pest, 18. Oktober. Der König empfing heute eine Anordnung der Stadt Pest, welche den Dank der Stadt für die hochherzige Entschliegung des Königs, betreffend die Errichtung von zehn Denkmälern ausdrückt. Der König nahm den Dank huldvoll entgegen und versicherte die Stadt Pest seines ferneren liebevollen Interesses.

Frankreich.

Paris, 18. Oktober. Man hatte am Sonntag abend angeknüpft, die Rede, die Bourgeois in Chalonis halten sollte, würde den gemäßigten Republikanern die Hand bieten, aber das Gegenstück traf ein. 'Wir haben eine Kampferregung vor uns,' sagte der frühere Ministerpräsident. 'Der Abgrund, der uns trennt, kann nicht überbrückt werden. Wir sind weit entfernt von dem Programm, das einst sämtliche Republikaner vereinigte. Heute ist die alte republikanische Partei der Feind.' Das klingt wie eine Kriegserklärung. Die gemäßigten republikanischen Mütter sagen, die Rede sei eine Sammlung von schon dagesewenen Redensarten und Sätzen. An der Spitze der alten Beschuldigungen stehe die, daß die Regierung mit den Merkmalen paktire und die Republik in die Hand der Merkmalen übergeben habe. Mit den Worten: 'Zwischen der römischen Republik und der heutigen französischen Republik steht die Demokratie,' habe Bourgeois eine neue Formel für den Wahlkampf ausgegeben. In sozialpolitischer Hinsicht erklärte Bourgeois: 'Die Republik, die wir wollen, ist diejenige, die das Volk will, eine demokratische nämlich. Unser Programm läßt sich in vier Worte zusammenfassen: 'Souveränität für alle, Freiheit für alle, Gegenseitigkeit für alle, Solidarität für alle.' Wir wollen die Gewissensfreiheit und die Arbeitsfreiheit, auch die Freiheit, die Ergebnisse der Arbeit abzugeben. Wir sind entschlossene Anhänger des Privateigentums, die uns als eine Verlängerung der menschlichen Persönlichkeit ersehen. Die Gerechtigkeit für alle heißt nicht auch die Gleichheit aller, sondern bedeutet eine gerechte Vertheilung der gesellschaftlichen Lasten. Wir haben stets eine tiefe Steuerreform auf der Grundlage der allgemeinen Einkommensteuer angestrebt.' Im Weiteren

Mittheilungen aus dem Grundbesitz.

Die deutschen Hausbesitzer und die partei-politische Strömung.

Die 'Deutsche Hausbesitzer-Ztg.' schreibt: Noch in keinem Jahre hat sich die Tagespresse und ganz besonders die führenden politischen Zeitungen so viel mit den Verhandlungen des Zentralverbandstages, und hieran anschließend mit den Bestrebungen und Forderungen des städtischen Haus- und Grundbesitzes überhaupt beschäftigt, wie diesmal. Während die Blätter früher über nackte, so kurz als möglich gehaltene Berichte selten hinaus kamen, giebt man sich jetzt die Mühe, die einzelnen Beschlüsse kritisch zu würdigen, man polemisiert über dieselben und andere weitergehende Forderungen — kurz, man will angreifend von allen Seiten zu erkennen geben, daß man die Haus- und Grundbesitzer als Organisation anzuerkennen bereit ist, daß man ferner bereit ist, in eine Disputation über diese und jene Fragen einzutreten und daß es dabei garnicht außerhalb der Möglichkeit liege, eine Eingangs- über die einzelnen Punkte herbeizuführen. — Das ist gegen früher, wo die Hausbesitzer bei den Machern der öffentlichen Meinung kaum existierten, entschieden ein Erfolg. Ist es einmal so weit gebracht, daß man die Stimme des städtischen Haus- und Grundbesitzes in der Öffentlichkeit hört, hören muß, dann wird und muß auch endlich der Tag kommen, wo die Erkenntnis des Unrechts allgemein und besonders nach oben durchdringt, das man dem anständigen Bürgerthum seit Jahren zugefügt hat. Freilich, ohne harte Kämpfe wird es dabei nicht abgehen. — Wenn aber ist dieser Erfolg einzig und allein zu danken? Nur dem entschiedenen und willens-

kräftigen Auftreten einzelner Theile unserer Organisation, nur dem mehr und mehr zur Geltung kommenden Siege der Anhängung innerhalb der Gesamtheit derselben, daß mit Witten und Stehen, mit Gedulden und Warten nichts erreicht wird, sondern daß wir auf unsere Rechte pochen und bis zum letzten Deut derselben fordern, energisch fordern müssen, wenn es besser werden soll um den städtischen Haus- und Grundbesitz. Diese Erkenntnis ist zweifellos aus all' den trüben Erfahrungen der letzten Jahre hervorgegangen, sie wird hoffentlich den städtischen Theile des städtischen Haus- und Grundbesitzes in Deutschland schließlich wieder einig zusammenhält und in ihr, nur in ihr, werden wir zum Siege gelangen. Was die parteipolitischen Bestrebungen gegenüber den Hausbesitzerbestrebungen selbst anlangt, so kann man denselben in der Mehrzahl eine angenehme berührende Sachlichkeit nicht absprechen. Die gegnerische Meinung wird immer unter Würdigung des anderen Standpunktes vorgebracht und im Allgemeinen sind, abgesehen von einigen extremen Heßblättern, wenig unfaulische Angriffe gefallen. Die 'Völkische Zeitung' läßt sich sogar auf eine Kritik der in letzter Zeit in den Hausbesitzerverbänden laut gewordenen Meinungen ein, sie unterscheidet zwischen einer schärferen und einer gemäßigteren Richtung, sie tritt dem Bestreben der ersteren auf eine Vertretung in den Landtagen nicht entgegen, ja sie giebt gewisse Mandaten durch die Blume zu verstehen, daß auch ihre Partei jedenfalls mit sich paktieren lassen würde. Zum Schluß verweist sie sogar dem Finanzminister Miquel, der das Bürgerthum zu dieser Sammlungsaktion getrieben habe, ein Vieh. — Auch die 'sächsische Wälder' haben gegenüber dem deutschen Landtagswahlprogramm der Hausbesitzer eine ziemlich beifällige Haltung beobachtet, die gegen früher wunderlich abblüht. — Ganz allgemein freilich sind alle Blätter in dem Gernisch gerathen, daß der deutsche Zentralverband in Leipzig gegen die Vaguenheiten

Stellung nehmen wollte. Freilich, welche Nachteil könnte heute noch existiren, die nicht mit dem bekannten sozialen Deie gefüllt wäre. In dieser Hinsicht werden die Hausbesitzer wohl lange allein zu kämpfen haben, aber gerade deshalb dürfen sie diesen Punkt nicht fallen lassen. Gerade die Gegnerschaft der in sozialer Beziehung ganz oberflächlich urtheilenden öffentlichen Meinung beweist, daß hier eine Kernfrage der Hausbesitzexistenz liegt. Aber nicht nur die Wälder der politischen Parteien, auch diese selbst beschäftigen sich mit den Forderungen der Haus- und Grundbesitzer gegenwärtig vielfach in zustimmender Weise. Bei den stattgefundenen Landtagswahlen in Sachsen haben die staatsverhaltenden Kandidaten das Programm der Hausbesitzer fast allgemein anerkannt. — Am lebhaftesten zeigt sich aber der Kampf um gerechte Besteuerung am heftigsten und wo die Nähe der Abgeordnetenwahlen die Parteien doch erkennen läßt, wie wichtig die Stimmen der Hausbesitzer für sie sind. Aus den Kreisen der Konservativen, des Zentrums, der Nationalliberalen und sogar des Freisinn sind gegenwärtig die Forderungen der preussischen Haus- und Grundbesitzer in der Steuerfrage als berechtigt bezeichnet worden. So schreibt der Generalsekretär der nationalliberalen Partei Dr. Johannes in seinem Geschäftsbericht zur Kommunalsteuerfrage: 'Entschieden hat der Geschäftsführer im Hinblick auf die Vertretung unserer Partei in den städtischen Parlamenten unter Verhältnissen zu den Haus- und Grundbesitzer-Verereinen in Auge; er ließ sich dabei von dem Gesichtspunkt leiten, daß über die Reformbedürftigkeit des jetzigen Kommunalabgabengesetzes, bezw. der Vertheilung der Kommunalsteuern auf das Vermögen in mobilen und immobilien Werthen grundtätig Meinungsverschiedenheiten kaum bestehen. Im Allgemeinen glaubt er; daß das alte-physsokratische Wohlwollen für die Grundbesteuerung nach der heutigen Ent-

wickelung der direkten und indirekten Steuern etwas unberechtigt geworden ist, und meint, weil er die Wichtigkeit der Schaffung unseres Volkes würdigt, daß diese Schaffung durch die zuweilen recht drückende steuerliche Belastung des Haus- und Grundbesitzes wenigstens nicht gehindert werden dürfte. Bei einer zukünftigen Regelung der Kommunalsteuern wird wohl das unparteiisch und objektiv zu beachtende Prinzip Leistung und Gegenseitigkeit zu Grunde gelegt werden müssen.' In dem Programm des Nürnberger Verbandstages der fortschrittlichen Partei ist im Gegensatz zu der früheren Stellungnahme des Abgeordneten Richter-Dagen u. a. unter Nr. 13 folgender Satz angefügt worden: 'Beschränkung der Realsteuern auf die Schadloshaltung des Gemeinwessens für die öffentlichen Einrichtungen zu besondern Vortheil des Grund- und Hausbesitzes. Angemessene Entschädigung für Einquartierung und Vorspannleistungen.' Nahezu in demselben Sinne haben auch die anderen politischen Parteien Stellung genommen. Werden diese bezeichneten Grundzüge nun wirklich zur Geltung gebracht, so können die Hausbesitzer zufrieden sein und in ganz Deutschland werden sie davon Gewinn haben, denn die Parteien werden nicht hier, so dort so entscheiden können. Im Uebrigen kann und soll den Hausbesitzern das ganze politische Parteigetriebe gleich sein, werden die berechtigten Forderungen ihres Standes anerkannt, so erübrigt für sie jede andere Frage. Bezeichnend ist es übrigens, daß die Parteien jetzt einheitlich auf den früher so vielgeschmähten und doch einzig gerechten steuerlichen Grundfak stellen, der von der sogenannten schärferen Richtung in der Hausbesitzerorganisation von Anfang an mit Energie und Nachdruck vertreten worden ist. Herr Werlo in Köln wird es ein schöner Erfolg sein, daß sein Leitfak, den er aufstellte und inentwegt

hochhielt, als über den Wirkungen des Kommunalabgabengesetzes noch der Schleier der Zukunft lag, nun endlich nicht nur in allen Hausbesitzerkreisen, sondern auch in den Kreisen unserer Gegner Anerkennung findet. Aber die gegenwärtige Lage wird erst zum Erfolge für den städtischen Haus- und Grundbesitz, wenn sie in jeder Beziehung zu Gunsten unserer Forderungen ausgenützt wird. Und hierzu bedarf es schueller, kräftiger und gemeinsamer Arbeit. Es ist dafür zu sorgen, daß das alles nicht bloß Wahlmache ist, daß diese günstige Stimmung nach der Wahl wieder vergehen wird, sondern daß jeder Abgeordnete, dem die Hausbesitzer ihre Stimme geben, auch nachdem ihre Interessen im Landtage wirklich vertritt. Hierzu bedarf es der Einstellung eines deutlichen Programms und der schriftlichen Verpflichtung der zu wählenden Abgeordneten auf dasselbe. Mit Worten allein ist hier nichts erreicht. Ferner müssen die Vereine und Verbände über ihre Pflichten und Aufgaben bei den Wahlen Direktiven erhalten und was derlei Arbeiten einer energischen, zielbewußten Agitation mehr sind. — Die Ausnützung der gegenwärtigen günstigen Stimmung für die Hausbesitzerforderungen im parteipolitischen Lager ist eine Aufgabe für den preussischen Landesanschluß, woran derselbe schon in absehbarer Zeit seine Nützlichkeit und Arbeitsfähigkeit in deutlicher Weise belegen könnte. Auch für den Zentralverband liegt darin manche Aufgabe und mancher Fingerzeig. Vor Allem beachte man die Richtung, aus der dieser Erfolg hervorgegangen ist. Wenn diese sich in alle Vereine und Verbände, selbstredend je nach den Verhältnissen variirend, einbürgert, so wird dies sicher nur zum Vortheil des städtischen Haus- und Grundbesitzes in Deutschland gerichten.

